

ANALYSE ET COMMENTAIRE DE TEXTES OU DOCUMENTS EN ALLEMAND

Durée : 6 heures

Analysez et commentez, **en allemand**, les six documents suivants :

DOCUMENT 1

In den «blühenden Landschaften» Ostdeutschlands herrscht Unzufriedenheit

René Höltzsch, nzz.ch, 3.11.2019

«Durch eine gemeinsame Anstrengung wird es uns gelingen, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Sachsen und Thüringen schon bald wieder in blühende Landschaften zu verwandeln, in denen es sich zu leben und zu arbeiten lohnt»: Dieser im Juli 1990 vom damaligen deutschen Bundeskanzler Helmut Kohl ausgesprochene Satz ist in die Geschichte eingegangen. Doch wird er heute zitiert, ist der Ton nicht selten zynisch. Laut einer im jüngsten Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit zitierten Umfrage halten nur 38% der Befragten in Ostdeutschland die Wiedervereinigung für gelungen. 57% fühlen sich «als Bürger zweiter Klasse». Unzufriedenheit manifestiert sich auch im Stimmenzuwachs der rechtspopulistischen AfD in den jüngsten Landtagswahlen in drei der fünf neuen Bundesländer (Sachsen, Brandenburg und Thüringen).

Ist diese Stimmung die Folge einer miesen ökonomischen Lage? Aus wirtschaftlicher Sicht sei die Gesamtbilanz seit dem Mauerfall überaus erfreulich, sagt der Magdeburger Ökonomieprofessor Steffen Müller, der am Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung (IWH) im ostdeutschen Halle arbeitet und aus Sachsen stammt. Der US-Ökonom Michael Burda, der seit 1993 an der Berliner Humboldt-Universität forscht und die Transformation verfolgt, spricht sogar von einem «Riesenerfolg», wenn man nur die aggregierten Daten für ganz Ostdeutschland ansehe und sich in Erinnerung rufe, wie es früher um die Region gestanden sei.

In der Tat hat sich die Wirtschaftskraft Ostdeutschlands in den dreissig Jahren seit dem Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 jener Westdeutschlands stark angenähert. Das reale Bruttoinlandprodukt (BIP) pro Kopf ist laut einem Bericht des Sachverständigenrats zur Begutachtung der wirtschaftlichen Entwicklung («Wirtschaftsweise») in Ostdeutschland seit 1991 um 102% und damit mehr als doppelt so stark gewachsen als in Deutschland insgesamt (vgl. Grafik). Allerdings holte der Osten vor allem in der ersten Hälfte der 1990er Jahre rasch auf, als massiv in die vernachlässigte Infrastruktur investiert wurde. Seither verläuft der Aufholprozess viel langsamer.

Lag das BIP pro Kopf in Ostdeutschland laut dem erwähnten Jahresbericht der Bundesregierung 1991 bei nur 43% (Ostdeutschland ohne Berlin: 32) des westdeutschen Niveaus, waren es 2018 immerhin 75% (69). Damit hinkt der Osten des Landes dem Westen zwar noch immer hinterher. Aber er befindet sich ungefähr auf dem Niveau des EU-Durchschnitts (EU-28). Tschechien und Polen, die 1989/90 einen ähnlichen Transformationsprozess eingeleitet haben, haben diesen Durchschnitt noch längst nicht erreicht.

Ein noch etwas günstigeres Bild zeigen die Löhne. Zwar verdienen ostdeutsche Vollzeitbeschäftigte 2018 im Durchschnitt noch immer 16% weniger als solche in Westdeutschland. Doch auch die Lebenshaltungskosten sind etwas geringer, so dass die Niveaus des durchschnittlichen Lebensstandards nicht mehr dramatisch auseinanderklaffen.

Besonders eindrücklich ist die Entwicklung der Arbeitslosigkeit. Nach der Wende stieg die Arbeitslosenquote in Ostdeutschland zunächst stark an, bis sie 2005 mit rund 19% einen Höhepunkt und fast das Doppelte des westdeutschen Niveaus erreichte. Bis im Oktober 2019 ist sie auf 6,1% zurückgegangen, womit sie nun nur noch leicht über dem westdeutschen Durchschnitt von 4,6% liegt. Die Bundesländer Thüringen, Sachsen und Brandenburg stehen sogar besser da als mehrere westdeutsche Länder.

Allerdings hat dieser Erfolg eine problematische Kehrseite: Zum Teil ist er darauf zurückzuführen, dass seit 1990 netto über 1,2 Mio. Menschen die neuen Länder verlassen haben. Inzwischen leben dort noch 12,6 Mio. Einwohner oder 15% der deutschen Gesamtbevölkerung, wobei sich die Zahl in den letzten drei Jahren immerhin stabilisiert hat. Weitere 3,6 Mio. Menschen zählt Berlin, das heute mehr Einwohner hat als 1990. Während Westdeutschland und dort insbesondere die süddeutschen Regionen wirtschaftlich von der Zuwanderung junger, gut ausgebildeter Ostdeutscher profitiert haben, führte im Osten die Nettoabwanderung in Kombination mit einem Geburtenknick zu

einer Überalterung und neuerdings zu einem Fachkräftemangel. Beides hemmt die wirtschaftliche Entwicklung, zudem schwächt der demografische Wandel die Finanzkraft der neuen Länder. Zuwanderung könnte das Problem entschärfen, doch damit tut man sich bis jetzt schwer.

45 Für anhaltende Debatten sorgt die Produktivitätslücke: Gemessen am BIP pro Arbeitsstunde, liegt die Produktivität in Ostdeutschland 20% unter jener in Westdeutschland. Nach einem zügigen Aufholen bis etwa Mitte der 1990er Jahre verbessert sich auch dieser Indikator nur mehr schleppend. Der Regierungsbericht verweist auf strukturelle Gründe. So ist die ostdeutsche Wirtschaft kleinteiliger als die westdeutsche, es mangelt an Konzernzentralen, und die Siedlungsstruktur ist ländlich geprägt. Kein einziges ostdeutsches Unternehmen ist im Börsenindex DAX 30
50 vertreten. All dies hat weitere Folgen: Kleinere Unternehmen sind im Durchschnitt weniger produktiv und exportorientiert als grosse, Forschungsabteilungen werden eher in den Zentralen angesiedelt als in peripheren Fertigungsstätten. Und weil es bei der industriellen Produktivität in ganz Deutschland ein Stadt-Land-Gefälle gibt, beeinflusst laut einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) allein schon der grössere Anteil an ländlichen Gebieten die Produktivität im Osten negativ. Und selbst beim Vergleich von Betrieben
55 gleicher Grösse und aus derselben Branche bleibt die Produktivitätslücke bestehen, wie das IWH im März vorgerechnet hat.

Reichen solche Unterschiede zur Erklärung der Unzufriedenheit in Ostdeutschland aus? Eine verstärkende, wenn auch schwer zu erfassende Rolle scheinen «weiche» Faktoren zu spielen. Müller verweist auf die wirtschaftliche Abhängigkeit und die bis heute anhaltende Untervertretung Ostdeutscher in Spitzenpositionen. Nach der Wende
60 gingen viele DDR-Firmen in Konkurs, andere verkauften die für die Privatisierung zuständige Treuhand an westliche Eigentümer bzw. Muttergesellschaften, zumal Ostdeutschen damals nicht nur Kapital, sondern auch unternehmerische Erfahrung fehlte. Viele Westler brachten dringend nötiges Kapital und Know-how ein, manche waren nur auf schnelles Geld aus. Zusammen mit der Abhängigkeit von Transferzahlungen trägt all dies bis heute zu einem Gefühl der Fremdbestimmung bei, das Eigeninitiativen bremst. Auch hätte man die vielen Verlierer, die die Wende geschaffen habe, besser behandeln sollen, ergänzt Burda.
65

Der Eindruck von Fremdbestimmung geht über die Wirtschaft hinaus und hat auch mit der Art der Wiedervereinigung zu tun: De facto erfolgte sie in Form des Beitritts der DDR zur damaligen Bundesrepublik. Über die per 1. Juli 1990 in Kraft gesetzte Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion übernahm Ostdeutschland die D-Mark als Währung sowie grosse Teile der westdeutschen Wirtschafts- und Rechtsordnung; am 3. Oktober 1990
70 folgte der Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes. [...]

DOCUMENT 2

„Mahnruf zur Bewahrung Süddeutschlands vor äussersten Gefahren“

Moritz Mohl (1802-1888, deutscher Nationalökonom und Wirtschaftspolitiker, seit 1849 Mitglied der Zweiten Kammer in Württemberg), Stuttgart 1867.

Zit. nach: Hans Fenske (Hg.), *Der Weg zur Reichsgründung. 1850-1870* (Quellen zum politischen Denken der Deutschen im 19. und 20. Jahrhundert, Bd. 5.), Darmstadt 1977. S. 376-379.

[...] Es ist nicht eine einzelne Tatsache, nicht ein einzelner Staatsakt, welche den bevorstehenden süddeutschen Ständeversammlungen zur Entscheidung vorliegen. Es ist ein ganzer Komplex von solchen, ein System, welches sich in einer Reihe von Verträgen ausprägt.

5 Der sogenannte Allianzvertrag vom Aug. 1866 will die süddeutschen Staaten zum Voraus verpflichten, die Kriege Preußens mitzuführen, ihre Heere im Kriege unter die Befehle des Königs von Preußen zu stellen, mithin diesem Heerfolge zu leisten. Es ist ein Vertrag, welcher Süddeutschland tatsächlich zum Vasallen Preußens macht. Er gestattet dem König von Preußen, im Kriegsfall die süddeutschen Truppen zu verwenden, wo er will. Er legt unser ganzes Schicksal in den Willen Preußens, das uns zu schützen übrigens aus geographischen Gründen voraussichtlich gerade dann außerstande wäre, wenn wir eines solchen Schutzes wirklich bedürfen sollten.

10 Das Stuttgarter Protokoll vom 3. Februar 1867 will uns in Süddeutschland „eine den preußischen Prinzipien nachgebildete Wehrverfassung“, sonach als logische Konsequenz die preußische Militärlast auferlegen. Aus dem Augustvertrage ergibt sich, daß wir diese Opfer pour le Roi de Prusse zu bringen hätten.

15 Die Zollverträge vom 4. Juni und 8. Juli 1867 wollen den Zollverein eine ganz veränderte Verfassung geben, in welcher Preußen sein Veto behielte, die süddeutschen Staaten das ihrige verlören und eine norddeutsche, der Natur nach ganz unter preußischem Einfluß stehende Mehrheit in dem Bundesorgan, eine preußische in dem Parlament über die volkswirtschaftlichen Lebensinteressen des Zollvereins in den Zoll-, Rübenzucker-, Salz- und Tabaksteuerfragen entscheiden würde. Wir haben gezeigt, wie nach öffentlichen Nachrichten die völlige Aufhebung des Zollschatzes für die gesamte deutsche Industrie bereits in Aussicht gestellt ist, welches Verderben daher den wichtigsten deutschen Lebensinteressen droht und daß Süddeutschland ganz wehrlos die Beschlüsse

20 einer preußischen und sonstigen, den süddeutschen Interessen voraussichtlich entgegenstehenden norddeutschen Mehrheit des Zollparlaments über sich ergehen lassen müßte. [...]

Wenn ein Krieg entsteht, so ist er die Folge der Handlungen Preußens, nicht der unsrigen. Er gilt Preußen, nicht uns. Daß das gemeinsame deutsche Vaterland in Preußen durch einen solchen Krieg geschädigt werden kann, sei Gott geklagt. Aber nicht wir haben es verschuldet, nicht wir wollen es zu büßen haben. Man hat Deutschland
25 zerrissen und uns in die Lage gesetzt, das erste und sicherste Opfer eines dadurch allein möglich gewordenen fremden Einfalls zu werden. Wir sind es aber unseren Ländern, unserem Volke schuldig, sie nicht für Preußen zum Opfer werden zu lassen. Halten wir uns vor Kriegen ganz beiseite, die infolge unserer Beteiligung nur zu unserem Verderben gereichen könnten, bei denen wir voraussichtlich niedergetreten und ausgeplündert würden und schließlich das Ausgleichungsobjekt wären.

30 Diese Kriege werden umso gewisser über uns hereinbrechen, wenn wir uns in ein Vasallenschafts- und sonstiges Unterordnungsverhältnis zu Preußen begeben, weil die durch das Umsichgreifen Preußens in ihrer Sicherheit sich für bedroht haltenden Mächte sich versucht fühlen können, der fortwährenden Ausdehnung der preußischen Macht Grenzen zu setzen.

Wir sind, in Süddeutschland, die inoffensivsten Volksstämme auf der Welt. Hüten wir uns, für diejenigen die
35 Kastanien aus dem Feuer zu holen, welche uns im Jahr 1866 bekriegt, gebrandschatzt und seither in einer ganzen Reihe von Verträgen bewiesen haben, wie sie gegen uns gesinnt sind. [...]

DOCUMENT 3 Novembertage

Durs Grünbein, *Nach den Satiren*, Frankfurt am Main 1999.

Novembertage I. 1989

An diesem Abend brach ein Stottern die Gesetze,
ein Lesefehler hob die heiligen Verbote auf.
So nüchtern wie die Meldung in die Welt ging
5 vor Mikrofon und Kamera, war jener Spuk vorbei,
den sie verordnet hatten. Erstmals sah man
die kommunistischen Auguren zögernd lächeln
wie Spieler, die verlieren, und jetzt wissen sie
was sie, gewiegt in Sicherheit, vergessen hatten.
10 Mit einer letzten Drohung, einer Atempause,
Erklärten Greise meine Geiselnahme für beendet.
In dieser Nacht, als man die Schleusen aufzog,
ergoß ein Menschenstrom sich in den hellen Teil
der Stadt, die eine Festung war seit dreißig Jahren,
15 geschleift von einem falschen Wort im Protokoll.
Bevor die Eisentore widerriefen, hob die Menge
den Bann auf, der hier alle Muskeln lähmte.
Mit offenem Mund am Straßenrand ein Offizier
stand wie verrenkt, weil kein Befehl mehr lenkte,
20 das Machtwort ausblieb wie seit Jahren nie.
Als gegen Morgen auf den Boulevards im Westen,
nach Feuerwerk und Kreisverkehr und Tränen,
das Freibier ausging, war das Glück vollkommen.
Bei einer Kreuzung stand verlassen, abgebrannt
25 bis zu den Rädern, ein Trabant, und die Besitzer
hatten den Autoschlüssel an den Baum gehängt.
Von ihren Kindern angetrieben, ganze Clans
zogen durchs Zentrum, orientierungslos und still.
Die ersten schliefen schon, sie lagen eingerollt
30 vorm Kaufhaus selig unter den Vitrinen,
auf teurem Pflaster träumend freien Grund.

DOCUMENT 4

Die Abkehr vom Realsozialismus

Konrad H. Jarausch, „Zehn Jahre danach: die Revolution von 1989/90 in vergleichender Perspektive“, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 48, 2000, S. 912

Die Abkehr vom Realsozialismus hatte einerseits mit einer Reihe von fundamentalen Strukturproblemen zu tun, deren Lösung in den 1980er-Jahren immer unwahrscheinlicher wurde. Eine erste Ursache war die Stagnation der Planwirtschaft, die den Übergang zur postindustriellen Hochtechnologie nicht schaffte und zu viele Konsumwünsche der Bevölkerung unbefriedigt ließ. Ein zweiter Grund ergab sich aus dem Verlust der Drohkulisse des Kalten Krieges im Zuge der Entspannung und Begrenzung des Rüstungswettlaufs zwischen den Großmächten. Die Satellitenstaaten der SU erlangten nach der Aufhebung der Breschnew-Doktrin mehr Bewegungsfreiheit. Ein dritter Aspekt betraf die Rückmeldung der durchherrschten Gesellschaft über eine Redifferenzierung von oppositionellen Netzwerken, künstlerischen Subkulturen, lebensstilbestimmten Alterskohorten usw., wodurch gewisse zivilgesellschaftliche Elemente wiederbelebt wurden. Eine letzte Dimension resultierte aus dem Glaubwürdigkeitsverlust des ideologischen Herrschaftsdiskurses, der die Versprechungen einer sozialistischen Utopie nicht länger als Rechtfertigung für gegenwärtige Probleme gelten ließ. Durch ihre gegenseitige Verstärkung verdichteten sich diese graduellen Entwicklungen zu einem Gefühl von unterschwelliger Malaise, das dem Kommunismus die Zukunftshoffnung raubte. [...]

DOCUMENT 5

Deutsche Wiedervereinigung: Wir müssen den 9. Oktober feiern

Ein Gastbeitrag von Katrin Mahler Walter (1989-1990 eine der jüngsten Bürgerrechtlerinnen der DDR), Zeit-Online, 3.10.2019

Deutschland feiert mal wieder – die falschen Feste? Seit 30 Jahren dreht sich alles um "Mauerfall" und "Wiedervereinigung". Bis zu diesem Jahr ging es dabei sehr selten um die Friedliche Revolution. Schon die Bezeichnung hatte in den vergangenen 30 Jahren Seltenheitswert, noch immer ist häufig nur von einer "Wende" die Rede. Ein Begriff, der viel zu kurz greift. Und noch dazu von Egon Krenz, dem letzten SED-Generalsekretär und Staatsratsvorsitzenden der DDR, geprägt wurde.

Ohne die Friedliche Revolution hätte es weder den Mauerdurchbruch am 9. November gegeben noch die Wiedervereinigung von Bundesrepublik und DDR am 3. Oktober 1990. Doch diese beiden sind Anlässe, die vor allem aus westdeutscher Perspektive identitätsstiftend sind, denn sie bezeichnen jene kurzen Momente, in denen Westdeutsche auf Ostdeutsche trafen und sich auch für die Westdeutschen etwas veränderte. Die Erinnerung an die Friedliche Revolution steht dagegen für die Zeit davor: den Mut der Ostdeutschen, die ihre Angst überwunden und mit ihrem friedlichen Protest das Regime in die Knie gezwungen haben.

Ich erinnere mich noch gut an diesen 9. Oktober 1989 in Leipzig: [...] Dieser 9. Oktober war der Tag der Entscheidung. Alle blickten nach Leipzig. Im Laufe des Tages wurde überall in der Stadt lasterweise Bereitschaftspolizei positioniert, die Kampfgruppen waren in Alarmbereitschaft, die Krankenhäuser wurden mit Blutkonserven ausgerüstet, in den Betrieben wurde davor gewarnt, in die Innenstadt zu gehen. Die Angst vor dem "Schießbefehl" war allgegenwärtig. Und trotzdem überwand die Menschen diese Angst. 100.000 Menschen aus vielen Städten der DDR zogen an diesem Abend über den Leipziger Ring. Sangen die *Internationale* und *We shall overcome* – Lieder, die in der DDR jeder kannte.

Ich schrieb auf, was die Menschen riefen und sangen und rief dann aus der Kanzlei das Demotelefon in der Lukaskirchgemeinde an und gab alle Beobachtungen durch. Später am Abend berichtete dann Pfarrer Christoph Wonneberger in einer Liveschaltung in den *ARD-Tagesthemen* aus Leipzig. Seine Stimme überschlug sich, als er davon berichtete, dass tausende Menschen über den Leipziger Innenstadtring gezogen, gewaltfrei protestiert hatten und es friedlich geblieben war. Schefke und Radomski hatten die Demonstration vom Turm der Reformierten Kirche aus filmen und die Videokassette noch in der Nacht nach Berlin befördern lassen können. Am nächsten Tag wurden sie in der *Tagesschau* gezeigt. Alle Menschen im Osten hörten und sahen, dass in Leipzig die DDR kapitulierte.

Der 9. Oktober steht deshalb symbolisch für die Kraft und die Stärke der Frauen und Männer in Ostdeutschland. Sie haben an diesem Tag ihre Angst überwunden und sich selbst befreit. Doch in 30 Jahren hat es dieses Datum kaum geschafft, über die Grenzen Leipzigs und die Seiten ausgewählter Geschichtsbücher hinaus wahrgenommen zu werden. In Leipzig allerdings feiert man alljährlich am 9. Oktober das sogenannte Lichtfest – es ist eher eine Veranstaltung von regionaler und kultureller Bedeutung als von bundesweiter und politischer.

Das schmerzt mich – nicht nur als ehemalige Bürgerrechtlerin, sondern auch und erst recht als Bürgerin dieses gemeinsamen Deutschlands. Angesichts der vielen längst überfälligen Debatten, die wir heute über Ostdeutschland

35 führen, wäre die Würdigung des mutigen und friedlichen Protests ein wichtiger Beitrag, um die in den vergangenen Jahren deutlich zu Tage tretende Distanz zwischen Ost und West zu überwinden. In vielen Büchern und Artikeln war in jüngster Zeit zu lesen, dass sich Ostdeutsche als Menschen zweiter Klasse fühlen. Und zwar unabhängig davon, ob es ihnen heute wirtschaftlich besser geht als damals.

40 Dieses Gefühl von Zugehörigkeit drückt sich auch in symbolischer und kultureller Anerkennung aus. Die Menschen im Osten jedenfalls wissen heute über Werte und System der Bundesrepublik einiges mehr, als Menschen im Westen über Lebenswelten von Menschen im Osten wissen. Sie haben das Wahlsystem gelernt, kennen die Bundesländer, versuchen sich im Verständnis des Subsidiaritätsprinzips, können Bundeskanzler auch von vor 1989 nennen, bemühen sich, die Geschichte der Bundesrepublik zu ihrer eigenen zu machen.

45 Der Blick aus dem Westen in den Osten beschränkt sich immer noch oft auf wenige Klischees, allen voran das der Dauerbeobachtung durch die Stasi und dass die da drüben doch froh sein sollten über die Wiedervereinigung. Dieses einseitige Bild trägt auch dazu bei, dass die Wiedervereinigung, der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland, von manchen, vielleicht sogar von vielen im Osten mittlerweile als "Übernahme" oder auch "Übergabe" gesehen wird. Dabei hat sie uns letztlich das gebracht, wofür wir damals gekämpft haben: Demokratie, Meinungsfreiheit, Reisefreiheit, Rechtsstaatlichkeit. Politische Freiheit und wirtschaftlichen Wohlstand, wie man sie in anderen osteuropäischen Ländern vergebens sucht. Wenn das nicht wahrgenommen wird, wenn Menschen sich stattdessen Populisten anschließen, die die Demokratie missbrauchen mit dem Ziel, sie abzuschaffen, dann haben wir ein gewaltiges Problem. Das beschränkt sich bei Weitem nicht nur auf den Osten – die AfD hat im Westen rein zahlenmäßig mehr Wähler*innen als im Osten – aber das Verhältnis von Wähler*innen der AfD zu Wähler*innen anderer Parteien ist im Osten deutlich höher.

55 "Für ein offenes Land mit freien Menschen" forderte eines der ersten Plakate des Herbstes '89. Katrin Hattenhauer und Gesine Oltmanns haben es am 4. September 1989 vor der Leipziger Nikolaikirche entrollt. Es wurde ihnen binnen weniger Sekunden von Stasikadern entrissen. Ihre Forderung ist heute so aktuell wie damals. Sie hat sogar neu an Bedeutung gewonnen. Doch ich bin mir nicht sicher, ob ein Plakat mit diesen Worten nicht heute auch sehr schnell niedergetreten würde. Nicht von den Angestellten des demokratischen Rechtsstaats, in dem wir leben. Sondern von denen, die sich gegen Pluralismus und Vielfalt in unserem Land stark machen.

60 Es sind vielleicht nicht die falschen Feste, die wir feiern. Aber ihre Betonung ist zu einseitig. Der Blick muss weiter gehen. Er muss in Erinnerung rufen, was die Menschen im Osten durch ihr eigenes Handeln bewirkt haben. Nicht nur feiern, dass die Mauer durchbrochen und Deutschland eins wurde. Sondern auch, was dahin führte, was dies alles erst möglich gemacht hat. Ein guter und wichtiger Schritt wäre es, den 9. Oktober als Jahrestag der Friedlichen Revolution im kollektiven gesamtdeutschen historischen Gedächtnis zu verankern. Als Tag, an dem wir alle dem mutigen Protest der Ostdeutschen Anerkennung zollen.

65

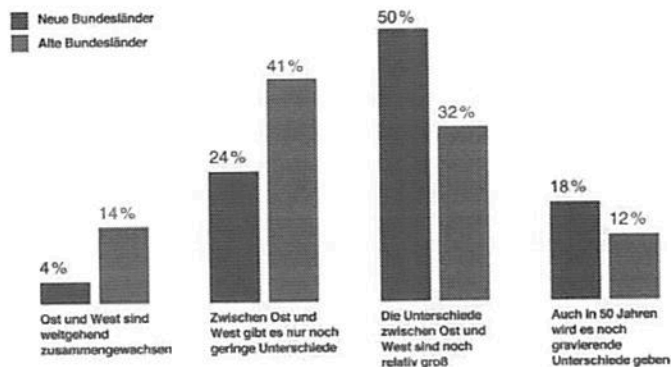
DOCUMENT 6

„Stand der Deutschen Einheit“

Bundeszentrale für politische Bildung, *Die Stimmung zur Deutschen Einheit*, 2018.

Stand der Deutschen Einheit

„Wie schätzen Sie den Stand der Einheit Deutschlands ein?“
– nach Regionen, Angaben in Prozent, 2014*



* Für beide Werte zu 100%; Anteil „Die Unterschiede werden immer größer“
Quelle: Sozialwissenschaftliches Forschungsinstitut Berlin (SoFIB) | Sozialreport 2014, S. 93
Lizenz: Creative Commons BY-NC/ND/DE
Bundeszentrale für politische Bildung, 2018

